

Bundesrat und Parlament wollen mit aufgestockter Unterstützung die Medienvielfalt stärken.
Ein bürgerliches Komitee kämpft dagegen. Von Francesco Benini

Umstrittene Bundeshilfe für die Medien

1 Worum geht es beim Medienpaket?

Bundesrat und Parlament wollen die Medienförderung erweitern: Die privaten Medien in der Schweiz sollen künftig pro Jahr mit 287 statt wie bisher mit 136 Millionen Franken unterstützt werden. Dabei würden 137 Millionen der Haushaltgäbe für elektronische Medien entnommen, die vor allem der SRG zufließen. Der Staatshaushalt würde also mit 150 Millionen belastet. Ein Komitee unter der Leitung des vormaligen FDP-Nationalrats Peter Weigelt brachte das Referendum gegen das Mediengesetz zustande. Die Schweizer Stimmberechtigten entscheiden am kommenden 13. Februar über die Vorlage.

2 Wie soll das Geld verteilt werden?

Im Vordergrund steht das System der indirekten Presseförderung: Der Bund verbilligt die Zustellung der Zeitungen. Neben der Beförderung der Publikationen per Post soll neu auch die Frühzustellung abonnierten Zeitungen zu reduziertem Tarif abgerechnet werden; das gälte auch für die Sonntagspresse. Zudem sind 30 Millionen als Stützungsbeitrag für Onlinemedien vorgesehen. Geld erhalten sollen Titel, die eine Bezahlschranke haben und Kriterien wie die Trennung zwischen journalistischen Inhalten und Werbung erfüllen.

3 Warum sollen die Medien mehr Geld bekommen?

Die Werbeeinnahmen der Printtitel sind seit der Jahrtausendwende von rund 2 Milliarden auf etwas über 400 Millionen Franken pro Jahr gesunken. Die Werbung hat sich verlagert zu den amerikanischen Techkonzernen wie Google und Facebook. In der Schweiz hat dies zu einer Medienkonzentration geführt. Seit dem Jahr 2000 sind rund 70 Presstitel verschwunden. Und viele Zeitungen sind in einem Verbund und verbreiten teilweise die gleichen Inhalte. Die Medienhäuser sparen damit Kosten ein.

Das Medienpaket soll einen Beitrag zur Medienvielfalt leisten. Im Schweizer System der halb direkten Demokratie mit vielen Volksabstimmungen sei es von Vorteil, wenn die Bevölkerung informiert ist über die politischen Sachgeschäfte. Das betreffe nicht nur die nationale, sondern auch die kantonale und regionale Ebene. Presstitel mit regionaler Ausrichtung sol-



len in besonderem Mass unterstützt werden. Der Bundesrat betont, dass die «Bevölkerung in der ganzen Schweiz von einer vielfältigen Berichterstattung profitieren» solle. Die Befürworter der Vorlage weisen ausserdem darauf hin, dass sich die verbilligte Zustellung der Zeitungen – bereits im 19. Jahrhundert eingeführt – bewährt habe. Da sie wettbewerbsneutral und unabhängig von den Inhalten der einzelnen Titel erfolge, könne der Bund mit dieser Subvention keinen Einfluss auf die Presse nehmen.

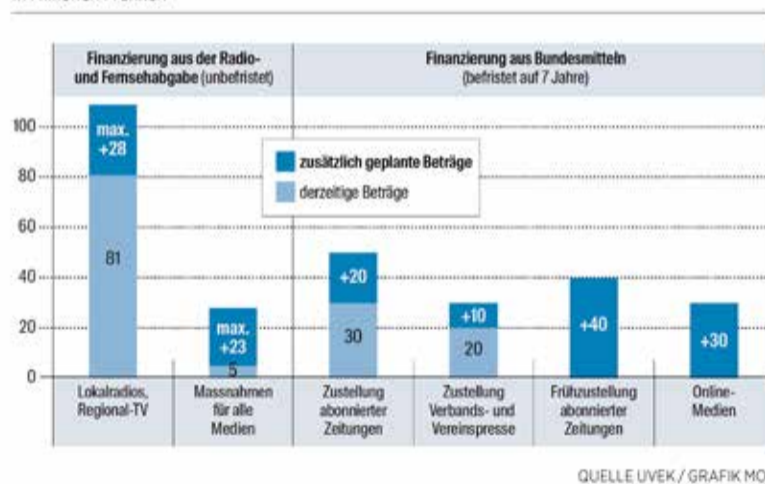
4 Was sagen die Gegner des Medienpakets?

Das Komitee operiert unter dem Titel «Staatsmedien Nein» und kritisiert, dass vor allem die grossen Verlage von der Annahme der Vorlage profitieren würden. Rund 70 Prozent der Zuschüsse kämen den grossen Medienhäusern zu – es handle sich um «ein Mediengesetz für Grossverleger». Diese hätten auch im Coronajahr 2020 stattliche Gewinne erzielt und seien auf die Mittel gar nicht angewiesen. Von

der Frühzustellung der Sonntagszeitungen profitierten einzig grosse Betriebe. Man könne von einer «Geldverschwendung» sprechen. Ausserdem sei es Aufgabe der Medien, die Aktivitäten des Staates kritisch zu verfolgen. Wenn der Bund aber

Das neue Mediengesetz soll dazu beitragen, dass die Zahl der Presstitel in der Schweiz nicht weiter abnimmt. BILD KEY

Unterstützung zugunsten der Medien
In Millionen Franken



Demokratie setzt Medienvielfalt voraus

Der wirtschaftliche Druck auf die Medien ist erheblich gestiegen. Die Fördermittel gewährleisten die Grundversorgung seriös recherchierter Informationen.

Von Kurt Fluri

Seit 2007 ist der Werbemarkt für die Presse von rund 1,8 Milliarden auf rund 400 Millionen Franken eingebrochen, und zwar zugunsten von globalen Internetkonzernen wie Facebook oder Google. In den sozialen Medien kursieren bekanntlich ungefilterte Fake News (auf Deutsch: Lügen). In den seriösen Redaktionen unserer nach wie vor vielfältigen Zeitungstitel sowie Fernseh- und Radiostationen ist dies nicht möglich. Unsere direkte Demokratie, die eine aktive Mitwirkung seitens der Stimmberechtigten ermöglicht und verlangt, setzt fundierte, seriös recherchierte Information voraus. Politische Meinungsbildung muss sich auf Fakten abstützen können.

Wegen des massiven Ertragsrückgangs ist die Unabhängigkeit vieler lokaler, regionaler, aber auch nationaler Druckerzeugnisse gefährdet – und damit unsere funktionierende Demokratie.

Etwa zwei Drittel der vorgesehenen Fördermittel verbilligen die Zustellung von rund 170 abonnierten Zeitungen – nun auch deren Frühzustellung – und Zeitschriften. Daneben wird mit der Vorlage aber auch Vereinsförderung über die Unterstützung der Mitgliedschaftspresse betrieben.

Zweitens unterstützt das Paket den aus Abonnements, Tagespässen und Einzelabrufen erzielten Umsatz von Onlinemedien, und zwar umgekehrt proportional zur Umsatzhöhe.

Schliesslich werden aus der bestehenden Radio- und Fernsehgebühren regionale Radio- und TV-Stationen sowie die journalistische Aus- und Weiterbildung zusätzlich unterstützt.

Diese dreifache Unterstützung hat ein Ziel, nämlich die seriöse Informationsversorgung und die Meinungsvielfalt in unserem Land. Wieso die Medien damit ihre Unabhängigkeit verlieren sollten, ist nicht nachvollziehbar: Wir kennen bekanntlich keine Regierungs- und Oppositionsparteien. Wem sollten «regierungsfreundliche» Medien zudienen, nachdem permanent wechselnde Mehrheiten unsere Politik bestimmen? Das Argument der «Staatsmedien» trifft nicht auf unser System zu. Die Vorlage verdient darum die Unterstützung.



Kurt Fluri
Nationalrat FDP/SO

Nein zu staatlich finanzierten Medien

Vom Medienförderpaket des Parlaments profitieren vor allem auch grosse Verlage. Diese dürften die Kleinen damit noch stärker unter Druck setzen.

Von Thomas Hurter

Die Medien sind von zentraler Bedeutung für die direkte Demokratie. Sie informieren die Bevölkerung und ermöglichen auf diese Weise wichtige Diskussionen. Doch diese Vorlage führt dazu, dass die Medien ihre Unabhängigkeit und damit ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Denn wer beißt schon die Hand, die sie füttert!

Das Parlament hat ein überdimensioniertes Massnahmenpaket von zusätzlichen 151 Millionen Franken zugunsten der privaten Medien geschneuert. Darin eingeschlossen ein Paradigmenwechsel in der Schweiz, indem man neu die Online-Medien mit 30 Millionen Franken direkt unterstützen möchte. Somit total eine Verdoppelung zu den bereits heute ausgeschütteten 136 Millionen Franken!

Dieses finanzielle Füllhorn soll nun zu 70 Prozent in die Taschen der grossen Medienkonzerne geschüttet werden. An Unternehmen, die im Coronajahr 2021 über 300 Millionen Franken verdient haben! Das Argument, das Medienpaket helfe den lokalen Medien, ist unzutreffend. Im Gegenteil, die lokalen Medien werden mit diesem Paket noch mehr an die Wand gedrängt, denn die Marktmacht der grossen Medienhäuser wird dadurch stärker zementiert werden. So wird zum

zu ihrer Finanzierung beitragen, sei die Gefahr von behördennahem Journalismus gross. Die Gegner der Vorlage argumentieren auch, dass es nicht Aufgabe des Staates sei, überkommene Geschäftsmodelle zu stützen.

5 Wie sieht der Verteilschlüssel aus?

Nehmen die Stimmberechtigten das Medienpaket an, regelt der Bundesrat in einer Verordnung, welches Unternehmen wie viel Geld erhält. Darum sind dazu gegenwärtig keine genauen Angaben möglich. Der Verband Schweizer Medien bestreitet, dass 70 Prozent der Zuschüsse grossen Unternehmen zukäme. Das vorgesehene degressive Modell sorgt dafür, dass Presstitel mit eher kleiner Verbreitung überdurchschnittlich vom neuen Gesetz profitieren würden. Zudem seien mehr Mittel für die Zustellung von Verbands- und Vereinsblättern geplant. Daraus ergebe sich kein Nutzen für die grossen Medienhäuser.

6 Welchem Prinzip folgt das Medienpaket?

Geld soll erhalten, wer bereits zahlende Kunden hat. Gratisblätter und Gratis-Onlineportale gehen hingegen leer aus.

7 Wer unterstützt das Mediengesetz?

Die SP und die Grünen sind für das Paket. Bei der Mitte und den Grünliberalen zeichnet sich ein Ja ab; die Delegierten beider Parteien entscheiden aber erst am 22. Januar. Neben diversen Medienorganisationen und Gewerkschaften setzt sich die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete für die Vorlage ein. «Das Massnahmenpaket stärkt gezielt die regionalen Medien», schreibt die Organisation.

8 Wer bekämpft die Vorlage?

Die SVP ist gegen das Medienpaket. Die Präsidentenkonferenz der FDP empfiehlt ebenfalls ein Nein; nun engagieren sich aber mehrere freisinnige National- und Ständeräte im Ja-Komitee unter dem Titel «Die Medienfreiheit. Demokratie braucht starke Medien». Den Gegnern der Vorlage haben sich der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse sowie der Schweizerische Gewerbeverband angeschlossen.



Thomas Hurter
Nationalrat SVP/SH